

Prof. Dr. Günter Dippold:

Zur Geschichte der Oberfrankenstiftung

Thurnau, 20. September 2011

„Der Kreistag von Oberfranken errichtet eine öffentliche Stiftung zur Förderung ausschließlich gemeinnütziger Zwecke auf dem Gebiet der Volkswohlfahrt, unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse der Bevölkerung, aus Mitteln des Kreises Oberfranken“. Mit diesem Satz – hörbar hat ihn ein Jurist formuliert – beginnt die Geschichte der Oberfrankenstiftung. So hebt deren Satzung an, die der Kreistag von Oberfranken im Februar 1927 beschlossen und die das Staatsministerium des Innern im März 1927 genehmigt hat.

Der Kreis Oberfranken (nach heutiger Begrifflichkeit: der Bezirk) hatte, wie der Regierungspräsident 1932 feststellte, „dank einer großen Sparsamkeit und einer weitblickenden Finanzpolitik“ ein ansehnliches Vermögen angehäuft. Einnahmeüberschüsse im Kreishaushalt – so etwas gab es! – wurden in Aktien der beiden oberfränkischen Stromversorger angelegt, des Überlandwerks Oberfranken in Bamberg und der Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft (BELG) in Bayreuth. Aus den Dividenden konnten, so der Regierungspräsident, „gewisse Einrichtungen, [...] namentlich die hauswirtschaftliche Ausbildung der ländlichen und der städtischen weiblichen Jugend und die sogen. Ferienkurse für Volksschullehrer, mit den nötigen Zuschüssen bedacht werden.“

Doch dunkle Wolken zogen von München her auf. Unter dem Schlagwort „Staatsvereinfachung“ standen Zusammenlegungen von Behörden ins Haus, und auch der Regierung von Oberfranken drohte das Aus. In derselben Sitzung vom Februar 1927, in der der Kreistag die Stiftung ins Leben rief, protestierte er auch „gegen den Plan, die Regierung von Oberfranken aufzuheben und das Gebiet anderen Kreisen zuzuteilen“. Der Kreis Oberfranken würde, so stand zu erwarten, mit einem Nachbarkreis, mit Mittelfranken zusammengelegt – einem Kreis mit weniger Vermögen und mehr Fürsorgeempfängern.

Es galt also, zugespitzt gesagt, das oberfränkische Vermögen vor nachbarlichen Begehrlichkeiten zu bewahren. Eine Stiftung erschien dem Kreistagspräsidenten Adolf Wächter als der rechte Weg.

Wächter, ein Bauernsohn aus einem unterfränkischen Dorf, war von 1913 bis 1924 Bürgermeister von Bamberg gewesen, ausgezeichnet durch den Titel „Oberbürgermeister“ und geschmückt mit dem Prädikat „Geheimrat“. Er saß von 1918 bis 1923 dem Bayerischen Städtebund (heute Städtetag) vor, gehörte dem Vorstand des Deutschen Städtebunds an und zählte zu den Mitbegrün-

dem des Bayerischen Kreistagsverbands (heute Verband der Bayerischen Bezirke). Wächter war überdies höchst engagiert in der bayerischen Energiewirtschaft; er gehörte, nach 1924 in München wohnhaft, mehreren Aufsichtsräten an, von der Walchensee AG über die Bayernwerk AG bis zum Überlandwerk Oberfranken.

Der Errichtung der Stiftung ging ein Ringen Wächters mit dem Innenministerium voraus, von dem wir bisher nur umrißhaft wissen; manches in der Satzung dürfte kompromißhaften Charakter besitzen.

Die „Kreisstiftung Oberfranken“, wie sie zunächst hieß, startete mit einem Kapital von 6 Mio. Reichsmark, wovon knapp 5,5 Mio. auf Aktien der beiden oberfränkischen Stromanbieter entfielen. Durch eine Kapitalerhöhung der BELG, an der sich die Stiftung beteiligte, wuchs das Vermögen schon in den ersten fünf Jahren auf fast 7 Mio. Das entsprach dem Stifterwillen, denn die Satzung gebot, anfangs 20, später stets 10 Prozent der jährlichen Einnahmen zur Aufstockung des Kapitals zu verwenden.

Verwaltet wurde die Stiftung durch einen zehnköpfigen Stiftungsrat, bestehend aus dem Regierungspräsidenten als Vorsitzendem, sechs Mitgliedern des Kreistags und zwei vom Staatsministerium des Innern benannten Personen; zu Beginn waren dies die Präsidenten der Handelskammer und der Kreisbauernkammer. Das zehnte Stiftungsratsmitglied war der eigentliche Vater der Stiftung, Geheimrat Wächter; er hatte einen Sitz auf Lebenszeit. Ihm fühlte sich die Stiftung so verbunden, daß sie ihn nicht nur als ihren Vertreter in die Aufsichtsräte der beiden oberfränkischen Energieversorger entsandte und ihn zum Mitunterzeichner aller Niederschriften bestimmte, – die Stiftung führte lange Zeit sogar als Zweitnamen in Klammern die Bezeichnung „Wächter-Stiftung“. Schade, daß heute so gar nichts mehr an den Gründer erinnert. Er hätte es um so mehr verdient, als er sich früh, schon 1923 gegen den Nationalsozialismus stellte und sich im Dritten Reich Verleumdungen und Bedrängnissen ausgesetzt sah.

Aus der Absicht, die hinter der Stiftungsgründung stand, rührt die räumliche Beschränkung „auf das derzeitige Gebiet des Kreises Oberfranken“. Auch in den Stiftungsrat sollten nur Personen gewählt werden, „die im derzeitigen oberfränkischen Kreisgebiet wohnhaft [...] sind“.

Die Erträgnisse der Stiftung waren für „Volkswohlfahrt“ bestimmt; damit waren Zahlungen an Einzelpersonen ausgeschlossen, die wegen dann anfallender Schenkungssteuer bedenklich schienen. Das Geld sollte „nach großen Ge-

sichtspunkten unter möglicher Zusammenfassung der Mittel und unter Beschränkung auf nur einige gemeinnützige Zwecke oder auf ein bestimmtes Gebiet der Gemeinnützigkeit“ ausgegeben werden. „Jede Verzettlung auf eine größere Anzahl von Einzelzwecken ist zu vermeiden“.

In den ersten fünf Jahren des Bestehens wurden beträchtliche Summen für hauswirtschaftlichen Unterricht verwandt, der Kreiszweckverband zur Bekämpfung der Tuberkulose wurde ebenso unterstützt wie der Kreisverein zur Gründung von Hilfsanstalten für bildungsfähige Schwachsinnige, pädagogische Ferienkurse für Lehrer wurden finanziert und das im Gefolge der Jugendbewegung aufblühende Jugendherbergswesen gefördert. Doch die Stiftung half auch „bedürftige[n] Gemeinden“, eine Stromleitung zu finanzieren, und als während der Weltwirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellte, gewährte die Stiftung vier Orten Zuschüsse für den Wasserleitungsbau. „Namentlich die Gemeinden Hassenberg und Gehülz konnten auf diese Weise mit Hilfe der Kreisstiftung monatelang nicht bloß ihre sämtlichen eigenen Erwerbslosen, sondern auch zahlreiche Erwerbslose aus den Nachbargemeinden einer lohnenden Beschäftigung zuführen.“

Als der langjährige Regierungspräsident Otto von Strößenreuther zu Jahresende 1932 in den Ruhestand trat, kam, was man in Oberfranken und namentlich in Bayreuth lange befürchtet hatte: Oberfranken wurde mit Mittelfranken vereinigt wie zuvor schon Niederbayern mit der Oberpfalz. Den Vorsitz der Stiftung führte fortan der Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken in Ansbach.

Unter den braunen Regierungspräsidenten wurde die Politik der steten Kapitalmehrung nicht fortgesetzt, ja es wurden sogar Aktien verkauft. Die Stiftung wurde zur Beute der Partei, Erträge der Stiftung flossen in NS-Projekte, ob es Reichsarbeitsdienst-Lager waren, ob eine SA-Siedlung oder Hitlerjugendheime, ob ein Gaupropagandafilm. Die Stiftung mußte sogar zum Ausbau Bayreuths zur Gauhauptstadt der Bayerischen Ostmark beitragen: 1 Mio. Reichsmark, mehr als nötig, hatte sie für den Bau eines Gausportfelds bereitzustellen; dazu mußte sie, weil die Erträge nicht genügten, ein Darlehen aufnehmen. „Es hätte nicht viel gefehlt“, meinte der Stiftungsrat später rückblickend, „und die ganze Stiftung wäre geschluckt worden.“

Bei der ersten Sitzung des Stiftungsrats nach Kriegsende, die am 28. März 1947 in Bamberg stattfand und fünf Stunden währte, zeigte der Rückblick zwar all diese Mißbräuche – und dennoch ergab der Kassensturz ein vorteilhaftes

Bild. Gut 11 Mio. Reichsmark bilanzierte man. Dies galt allgemein als Frucht der klugen, weitsichtigen Anlagepolitik des Geheimrats Wächter. Denn, so legte 1947 der mit der Geschäftsführung betraute Regierungsassessor Ottokar Bürger dar, „während das Vermögen unzähliger Aktiengesellschaften durch Bombenangriffe und andere Kriegseinwirkungen völlig zerstört wurde und die Aktionäre auf lange Jahre ohne Dividende bleiben werden, konnte dies bei den beiden oberfränkischen Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaften garnicht eintreten.“

Nach der Währungsreform des Jahres 1948 belief sich das Vermögen auf 3,5 Mio. DM. Es wurde in der Folge planvoll und mit Augenmaß – das man sich an manch anderer Stelle gewünscht hätte – gemehrt. Gelegentlich bedeutete das gewiß schwere Entscheidungen, denn zuweilen mußten die Ausschüttungen hinter einer Kapitalerhöhung zurücktreten, so 1958, als nur ein Viertel der Erträge für die eigentlichen Aufgaben zur Verfügung standen.

Über 200 Sitzungen haben seit 1947 stattgefunden. Wie die Mittel verwandt wurden, das läßt sich daher im heutigen Rahmen nur umrißhaft beschreiben.

Zu Beginn stand der flächendeckende Ausbau der Strom- und Wasserversorgung im Mittelpunkt, auch die Schaffung von Kindergärten und die Jugendarbeit waren von Bedeutung, und nicht zuletzt wurde der Bau von Altersheimen gefördert, nötig geworden durch Umwälzungen am Ende des Zweiten Weltkriegs; zumal viele Heimatvertriebene konnten, anders als das Gros der Einheimischen, im Alter nicht auf familiäre Hilfe rechnen. Aber auch die Herausgabe einer Kulturgeschichte Oberfrankens wurde 1952 beschlossen, ein Projekt, das dann erst 1990 beendet wurde und inhaltlich noch nicht einmal abgeschlossen ist.

Um 1970 baute die Stiftung ein Schullandheim in Pottenstein, und der Stiftungsrat plante um dieselbe Zeit, eine geriatrische und eine orthopädische Klinik zu bauen, ohne daß dies verwirklicht worden wäre. Dagegen wurde die Schaffung von Pflegebetten durch namhafte Zuschüsse angeschoben.

Die Denkmalpflege, heute eine Hauptaufgabe der Stiftung, trat erst 1972 ins Blickfeld, in einer Zeit, als dieses Thema ins öffentliche Bewußtsein rückte – denken Sie nur an die Verabschiedung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes im folgenden Jahr.

Wenig später endete die Förderung für Wasserversorgungsmaßnahmen. Gerade in der Amtszeit von Regierungspräsident Wolfgang Winkler verlagerte sich die Aktivität auf Pflegeeinrichtungen einer-, Denkmalpflege andererseits.

Großprojekte wie die Sanierung von Kloster Banz, des Langheimer Hofes in Kulmbach, der Festung Rosenberg, des Wasserschlosses Mitwitz und last but not least des Schlosses Thurnau wurden in den 70er und 80er Jahren durch den Einsatz der Oberfrankenstiftung erst ermöglicht. Aber auch für die Thermalbohrung in Staffelstein gab es einen namhaften Zuschuß: Ohne Oberfrankenstiftung kein Bad Staffelstein.

Museumsgründungen wurden unterstützt, ob es das Deutsche Dampflokomotiv-Museum in Neuenmarkt war, ob das Bauernhofmuseum Kleinlosnitz, das Fränkische-Schweiz-Museum Tüchersfeld oder das heutige Porzellanikon. Auch die Internationale Musikbegegnungsstätte des Bezirks, Haus Marteau in Lichtenberg, gäbe es ohne die Stiftung wohl nicht. Ähnliches gilt für das Jugendkulturzentrum Bayreuth, das Schullandheim Weißenstadt oder das Nationalarchiv der Richard-Wagner-Stiftung.

An den neuen Universitätsstandorten Bamberg und Bayreuth förderte sie den Bau von Studentenwohnheimen, insgesamt gab die Oberfrankenstiftung 4,5 Mio. DM für 561 Wohnheimplätze.

Dabei zeichnete ein Bemühen um Ausgleich die Förderpolitik aus – in regionaler ebenso wie in konfessioneller und politischer Hinsicht. Erhielt die Hanns-Seidel-Stiftung Mittel für Banz, dann kam auch die Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Effelter Mühle oder die heutige Frankenakademie Schney nicht zu kurz. Wenn es einen Zuschuß für die Kongreß- und Konzerthalle Bamberg gab, dann auch für die Oberfrankenhalle Bayreuth, wenn fürs Theater in Hof, dann auch für den Umbau des Kongreßhauses am Rosengarten in Coburg.

Über viele Jahrzehnte hinweg mied die Oberfrankenstiftung die Öffentlichkeit eher, und bis heute pflegt sie ein gewisses Understatement. Durch die Verleihung von Preisen aber tritt sie hervor. Seit 1957 wurden Kulturpreise verliehen, anfangs benannt nach dem im Vorjahr verstorbenen Regierungspräsidenten Dr. Ludwig Gebhardt. Ausgezeichnet wurden zumeist Dissertationen. Erst viel später empfangen Künstler-Persönlichkeiten den Preis: 1988 Heinz Badewitz, 1990 Ursula Benker-Schirmer. Seit 1992 wird ein Sozial- und ein Kulturpreis verliehen, seit 1995 dazu ein Denkmalpreis.

84 Jahre wirkt die Oberfrankenstiftung für die Region. Eine Weltwirtschaftskrise hat sie überstanden, den Mißbrauch durch ein Unrechtsregime, eine Währungsreform und auch danach allerhand Krisen und Reformen. Sie hat all diese Gefahren nicht nur überstanden, sie ist in ihrer Kraft eher noch gewachsen. Zu danken ist das der Weitsicht und dem Augenmaß der Verantwortlichen, die

eben nicht, von Gier geblendet, auf halbseidene Investments hereingefallen sind.

Unvorstellbar, wie das kulturelle oder das soziale Leben, mehr noch die kulturelle und soziale Infrastruktur in Oberfranken aussähe ohne die Oberfrankenstiftung. Sie belebt seit einigen Jahren auch die Wissenschaftslandschaft; die durch die Stiftung angestoßene und angeschobene Fakultät für Angewandte Naturwissenschaften in Bayreuth ist ein eindrucksvolles Beispiel.

Oberfranken müßte dank seiner Oberfrankenstiftung weit besser da stehen als andere Regierungsbezirke. Steht Oberfranken besser da? Die Frage rundweg zu bejahen, tue ich mir schwer, gerade mit Blick auf die wissenschaftliche und kulturelle Infrastruktur.

Die Stiftung darf nicht Benachteiligungen kompensieren, die Oberfranken womöglich erfährt. Die Stiftung als Lückenbüßer einzusetzen, hieße, sie zu mißbrauchen. Nur wenn die Oberfrankenstiftung Besonderes, das Oberfranken heraushebt, nur wenn sie solche Vorhaben ermöglicht oder beschleunigt, dann kann und wird sie auch in Zukunft kräftig mithelfen, unsere Region besser zu machen, zum Wohl aller Menschen, die hier leben. Denn ihnen und nur ihnen ist sie verpflichtet.